

Über die Rechtsaufsichtsbehörde
und das Regierungspräsidium
an das Sächsische Staatsministerium
der Finanzen
Carolaplatz 1

01097 Dresden

Ort, den
Fernsprecher
Aktenzeichen

Zutreffendes bitte ankreuzen

Antrag auf Gewährung einer Bedarfszuweisung

- zur Unterstützung der Haushaltskonsolidierung gemäß § 22 Abs. 2 Nr. 1 FAG**
- zur Förderung von Gutachten zur Haushaltskonsolidierung gemäß § 22 Abs. 2 Nr. 1 FAG**
- zur Überwindung außergewöhnlicher und struktureller Belastungen gemäß § 22 Abs. 2 Nr. 2 FAG**

I. Antragsteller

| | |
|--|------------------------------|
| Name, Bezeichnung | |
| Anschrift (Straße, PLZ, Ort, Landkreis) | |
| Auskunft erteilt (Name, Telefonnummer, E-Mail Adresse) | |
| Gemeindeschlüssel: 14 | Einwohnerzahl gemäß § 30 FAG |
| Bankverbindung (Kontonummer, Bankleitzahl, Kreditinstitut) | |

II. Übersicht über die Haushalts- und Finanzlage im Haushalt des Jahres, auf das sich der Antrag bezieht

Aufgestellt auf Grund

- des Haushaltsplanes
- des Nachtragshaushaltsplanes
- der Jahresrechnung

am

a) Allgemeine Kennziffern

| | TEUR | EUR/Einwohner |
|---|--------|--------------------|
| 1. Haushaltsvolumen | | |
| davon: Verwaltungshaushalt | | |
| Vermögenshaushalt | | |
| | Anzahl | je 1 000 Einwohner |
| 2. Anzahl der Stellen in: der Kernverwaltung | | |
| den nachgeordneten Einrichtungen | | |
| 3. Zahl der Eigen- u. Beteiligungsgesellschaften ¹ | | *** |
| | TEUR | EUR/Einwohner |
| 4. Schuldenstand zum a) Antragsstichtag | | |
| b) 31. Dezember des Jahres, in dem | | |
| der Fehlbetrag entstanden ist | | |
| (ohne Kassenkredite) | | |
| Kassenkredite zum c) Antragsstichtag | | |
| 5. Finanzierungssaldo nach der Finanzierungsübersicht | | |

b) Hebesätze zum Antragsstichtag

- 1. Grundsteuer A in Prozent
- 2. Grundsteuer B in Prozent
- 3. Gewerbesteuer in Prozent

c) Angaben zur Haushaltsstruktur (Verwaltungshaushalt)

| | Gruppierungs- Nummer laut Gruppierungsplan | TEUR | EUR/Einwohner |
|---|--|------|---------------|
| 1. Einnahmen des Verwaltungshaushaltes | 299 | | |
| davon: Grundsteuer A und B | 001,002 | | |
| Gewerbesteuer (brutto) | 003 | | |
| Gebühren, Entgelte, und ähnliches | 10-15, 21, 263, 265 | | |
| Allgemeine Finanzaufweisungen | 041 | | |
| Kreisumlage ² | 072 | | |
| Zuführung von Vermögens- an Verwaltungshaushalt | 28 | | |
| 2. Ausgaben des Verwaltungshaushaltes | 899 | | |
| davon: Personalausgaben | 4 | | |
| Zinsausgaben am Kreditmarkt | 808 | | |
| Kreisumlage | 832 | | |
| Zuführung von Verwaltungs- an Vermögenshaushalt | 86 | | |
| 3. Fehlbetrag im Verwaltungshaushalt | 299./899 | | |

¹ Genaue Auflistung in der Begründung mit Jahresabschlüssen, Personalstellen und Zuschussbedarf

² nur Landratsämter

| | Gruppierungs- Nummer laut Gruppierungsplan | TEUR | EUR/Einwohner |
|--|--|------|---------------|
| 4. kalkulatorische Abschreibungen | 680 | | |
| 5. Mindestzuführungsrate vom Verwaltungs- zum Vermögenshaushalt = Ordentliche Tilgungen + Kreditbeschaffungskosten | 970 - 977 990 | | |

III. Kosten eines Gutachtens

a) Kosten des Gutachtens laut Angebot EUR

b) Beginn der Maßnahme/geplanter Fertigstellungstermin/.....

IV. Höhe des Fehlbetrages/der außergewöhnlichen Belastung: EUR

V. Angaben zum beschlossenen Haushaltskonsolidierungskonzept gemäß Anlage:

1. Ausgabenminderungen im Ausgleichsjahr in Höhe von: EUR

2. Einnahmeerhöhungen im Ausgleichsjahr in Höhe von: EUR

VI. Höhe der beantragten Zuweisung: EUR

VII. Fördermittel für kommunale Investitionen (ohne Kredite) - Stand zum Zeitpunkt der Antragstellung

1. Beantragte Fördermittel insgesamt EUR

2. Bewilligte Fördermittel (nach Arten) EUR

3. In Anspruch genommene Fördermittel EUR

VIII. Zielstellung des Gutachtens/des Projektes

(Kurze Beschreibung der geplanten Ziele, zum Beispiel Senkung des Haushaltsdefizites, mittelfristige Finanz- und Investitionsplanung)

IX. Begründung des Antrages einschließlich der Begründung eines eventuell entstandenen Fehlbetrages oder der außergewöhnlichen Belastung (Nachweis der offenen Kostendeckung innerhalb von 3 Jahren)

X. Sonstige Erläuterungen

XI. Erklärung des Antragstellers

- a) Die in diesem Antrag (einschließlich Antragsunterlagen) gemachten Angaben sind vollständig und richtig.
- b) Der Antragsteller hat betroffene Personen auf die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten hingewiesen und sichergestellt, dass die im Antrag aufgeführten personenbezogenen Daten an die Bewilligungsbehörde weitergegeben und von dieser für das Auszahlungsverfahren der Landeszuweisung verarbeitet werden dürfen.

Ort, Datum, Siegel, Unterschrift

zum Antrag der/des Gemeinde/Landkreises vom

Übersicht zum allgemeinen Rücklagenbestand (in EUR):

Haushaltsjahr:

| Position | Bestand zum 1. Januar des Haushaltsjahres | Geplante Entnahme im Haus- haltsjahr | voraussichtlicher Bestand zum 31. Dezember des Haushalts- jahres | Zweck der Entnahme |
|---|---|---|--|-----------------------|
| Allgemeine Rücklage | | | | |
| davon ¹ : investive Schlüsselzuweisungen | | | | |
| | | | | |
| | | | | |
| | | | | |
| | | | | |

Mindestrücklage gemäß § 20 Abs. 2 KomHVO: EUR

¹ die Summe der Davon-Positionen muss den allgemeinen Rücklagenbestand ergeben

zum Antrag der/des Gemeinde/Landkreises vom

Übersicht zum Schuldenstand (in EUR):**Haushaltsjahr:**

| Position | Bestand zum 1. Januar des Haushalts- jahres | genehmigte Kredit- aufnahme im Haushalts- jahr | geplante Tilgung im Haushalts- jahr | voraussicht- licher Bestand zum 31. Dezember des Haushalts- jahres | Zweck der Kreditaufnahme |
|--|--|---|---|---|-----------------------------|
| Schulden am Kreditmarkt | | | | | |
| Sonstige Kreditschulden ¹⁾ | | | | | |
| kreditähnliche Rechtsgeschäfte | | | | | |
| Bürgschaften | | | | | |
| | Genehmigt/ Genehmi- gungsfrei | Inanspruch- nahme zum Antrags- stichtag | | | |
| Kassenkredit | | | | | |

¹ bitte aufgliedern

zum Antrag der/des Gemeinde/Landkreises vom

Übersicht zu den materiellen und immateriellen kommunalen Vermögenswerten¹:

Stichtag:

| Position | Anlagevermögen in EUR | zur pflichtigen Aufgabenerfüllung benötigt ²⁾ |
|----------|--------------------------|--|
| | | |
| | | |
| | | |
| | | |
| | | |

¹ Zu den Vermögenswerten gehören neben beweglichem und unbeweglichem Vermögen auch Aktien, Fonds sowie andere Formen der Vermögensbildung und Beteiligungen. Für unbewegliche und bewegliche Sachen und grundstücksgleiche Rechte genügt eine Auflistung gemäß § 36 KomHVO ohne Wertangaben, soweit eine Wertermittlung nicht vorliegt.

² bitte begründen

Über die Rechtsaufsichtsbehörde an
die Bewilligungsbehörde (Anschrift)

Ort, den
Fernsprecher
Aktenzeichen

Antrag
auf Gewährung einer Bedarfszuweisung
zur Förderung der Einstellung von Studenten und Absolventen des gehobenen
Dienstes der Fachhochschule der Sächsischen Verwaltung Meißen gemäß
§ 22 Abs. 2 Nr. 3 FAG

I. Antragsteller

| |
|--|
| Name, Bezeichnung |
| Anschrift (Straße, PLZ, Ort, Landkreis) |
| Auskunft erteilt (Name, Telefonnummer, E-Mail Adresse) |
| Bankverbindung (Kontonummer, Bankleitzahl, Kreditinstitut) |

II. Bezeichnung der Studenten (Angaben aus den Unterlagen, die dem Antrag als Anlage beigefügt sind)

| |
|---|
| (Liste der Studenten als Anlage) |
| Bezeichnung des Studiengangs |
| Voraussichtliche Dauer des Studiums vom bis zum |

III. Höhe des Ausbildungskostenzuschusses (listenmäßige Darstellung als Anlage zum Antrag)

| |
|---|
| <input type="checkbox"/> monatliche Ausbildungskosten je Student im Ausbildungsjahr |
| 2007/2008 _____ EUR |
| 2008/2009 _____ EUR |

gesamte Ausbildungskosten je Student im Ausbildungsjahr

2007/2008 _____ EUR

2008/2009 _____ EUR

beantragter Zuschuss je Student für das Ausbildungsjahr

2007/2008 _____ EUR

2008/2009 _____ EUR

IV. Erklärung des Antragstellers

- a) Die in diesem Antrag (einschließlich Antragsunterlagen) gemachten Angaben sind vollständig und richtig.
- b) Der Antragsteller hat betroffene Personen auf die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten hingewiesen und sichergestellt, dass die im Antrag aufgeführten personenbezogenen Daten an die Bewilligungsbehörde weitergegeben und von dieser für das Auszahlungsverfahren der Landeszuweisung verarbeitet werden dürfen.
- c) Dem Antragsteller ist bekannt, dass der Wegfall subventionserheblicher Tatsachen unverzüglich dem zuständigen Regierungspräsidium mitzuteilen ist.

Ort, Datum, Siegel, Unterschrift

Hinweis:

Es wird auf die Bestimmungen gemäß Abschnitt III Nr. 4 Buchst. d der VwV Bedarfszuweisungen aufmerksam gemacht. Für den Fall der Bewilligung bleibt die Rückforderung eines Anteils der Fördersumme vorbehalten. Aus diesem Grund wird empfohlen, die Beschäftigungsverhältnisse mit den Absolventen derart vertraglich auszugestalten, dass bei diesen eine entsprechende Rückforderung möglich bleibt.

Über die Rechtsaufsichtsbehörde
und das Regierungspräsidium
an das Sächsische Staatsministerium
der Finanzen¹
Carolaplatz 1

01097 Dresden

Ort, den
Fernsprecher
Aktenzeichen

Zutreffendes bitte ankreuzen

Antrag **auf Gewährung einer Bedarfszuweisung**

zur Förderung eines freiwilligen

- Kreiszusammenschlusses gemäß § 22 Abs. 2 Nr. 4 FAG**
- Gemeindezusammenschlusses gemäß § 22 Abs. 2 Nr. 4 FAG**

I. Antragsteller

| | |
|--|------------------------------|
| Name, Bezeichnung | |
| Anschrift (Straße, PLZ, Ort, Landkreis) | |
| Auskunft erteilt (Name, Telefonnummer, E-Mail Adresse) | |
| Gemeindeschlüssel: 14 | Einwohnerzahl gemäß § 30 FAG |
| Bankverbindung (Kontonummer, Bankleitzahl, Kreditinstitut) | |

II. Höhe der beantragten Zuweisung:

..... EUR

III. Begründung des Antrages¹ (gegebenenfalls auf gesondertem Blatt)

¹Nur bei Anträgen gemäß § 22 Abs. 2 Nr. 4 Satz 3 FAG.

IV. Erklärung des Antragstellers

- a) Die in diesem Antrag einschließlich Antragsunterlagen gemachten Angaben sind vollständig und richtig.
- b) Der Antragsteller hat betroffene Personen auf die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten hingewiesen und sichergestellt, dass die im Antrag aufgeführten personenbezogenen Daten an die Bewilligungsbehörde weitergegeben und von dieser für das Auszahlungsverfahren der Landeszuweisung verarbeitet werden dürfen.

V. Anlagen

- Urkunde über den freiwilligen Gemeindezusammenschluss
- Gründungsdokument der neuen Gebietskörperschaft (beglaubigte Abschrift)
- Entwurf des Haushaltsplanes der neuen Einheitsgemeinde¹

Ort, Datum, Siegel, Unterschrift

¹ Nur bei Anträgen gemäß § 22 Abs. 2 Nr. 4 Satz 3 FAG.